

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlik, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Wälfen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Stuhlschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 26.

Hauptinspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang. Sonnabend den 1. Februar

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Rahm Milchversorgung der Stadt Lichtenstein.

I. Ausschließlicher Verkauf der Voll- und Magermilch an die Verbraucher in der Milchstraße.

Um eine möglichst gerechte Verteilung auf die Bevölkerung zu gewährleisten, wird die Milch (Voll- und Magermilch) künftig nur noch in der städtischen Milchstraße verkauft. Ein unmittelbarer Verkauf an die Verbraucher durch Milchhändler oder Milchergenger ist nicht mehr statthaft.

II. Ablieferungszwang für Milchhändler und Milchergenger.

Alle Händler und Ergenger von Milch dürfen letztere an Verbraucher nicht mehr verkaufen, sind vielmehr verpflichtet, die sämtliche Milch an die städtische Milchstraße abzuliefern.

Vorstehendes wird hierdurch unter Bezug auf § 7 verbunden mit § 16 Absatz 1 Nummer 2 der Bundesratsverordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen strengstens bestraft werden.

Lichtenstein, 20. November 1917.

Der Stadtrat.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit wiederholt zur genaueren Beachtung eingeschärft. Die Schutzmannschaft ist angewiesen worden, die Durchführung gewissenhaft zu überwachen.

Stadtrat Lichtenstein, am 31. Januar 1919.

Krankenhaus Lichtenstein.

In den Sälen der Verpflegung im Krankenhaus (Julespital) wie sie letzter bestanden, d. h. zu dem Tarife vom 25. Mai 1907 mit dem bestehenden Zuschlag von 1.— M., nach der Bekanntmachung vom 28. März 1918, wird vom 1. Februar ds. J. ab ein Teuerungszuschlag von 33 1/2% unter Abrechnung auf volle Zehnpfennige nach oben erhoben.

Stadtrat Lichtenstein, am 31. Januar 1919.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die Berliner Arbeiter verlangen Bezahlung der Demonstrationstage, die Arbeitgeber verweigern sie, eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden.

* Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen, Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kaiser zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in Treue und beispielloser Pflichterfüllung vor hohem aus der Abrüstung unseres Heeres geleitet hat.

* „Libre Parole“, schreibt: Die französische Presseleitung hält die allgemeine militärische Lage nach den letzten Waffenstillstandsbedingungen für so günstig, daß sie für die allgemeine Demobilisierung einwilligt. Mit der Entlassung von zehn Jahrgängen wird am 1. Februar begonnen. — Deutschland erhöht den Franzosen demnach nun als genaue Gewähr!

* Der spartanische Oberbürgermeister von Düsseldorf lehnte einen Antrag der Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zur Festsetzung des Etats einzuberufen mit der Begründung ab, daß er für den ungehinderten Verlauf der Magistratsführung nicht eintreten könne, und daß er auch die Verhütung der Berliner Regierung, nach der die Stadtverordneten in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden sollen, nicht anerkenne.

* Der ukrainische Pressedienst meldet aus Kiew: Der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen General Kirchbach, reiste am 18. Januar mit dem Generalstab und Pressebureau aus Kiew nach Deutschland ab. Die Fürsorge für die im Lande befindlichen deutschen Soldaten übernimmt der deutsche Soldatenrat in Kiew.

* Die Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung und den thüringischen Ministern sind nicht, wie dieser Tage von einer Zeitungskorrespondenz gemeldet wurde, als gescheitert zu betrachten. Je werden im Gegenteil fortgesetzt und versprechen, namentlich was die künftige wirtschaftliche Annäherung anlangt, einen guten Erfolg.

* Der Deutschen ist in Ungarn Selbständigkeit gewährt worden.

* Nach Wiener Meldungen sollen sich bei den tschechischen Truppen in Deutsch-Böhmen Rückzugsbewegungen bemerkbar machen; die Tschechen sollen von der Entente einen deutlichen Wink bekommen haben, Deutsch-Böhmen zu räumen. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

* Der amerikanische Kreuzer „New Mexico“ ist in West eingetroffen, um Wilson nach Amerika zurückzuführen. Der Präsident wird später nach Paris zurückkehren.

* Die Regierung lehnt es ab, dem Volkzugrat der Berliner A- und S.-Karte über die Vorgänge in derRAWALsche Reichenschaft abzulegen, sie sei nur der Kontrolle des Zentralrates unterstellt.

* In den nächsten Tagen wollen die Polen eine Angriffsaktion gegen Westpreußen in die Wege leiten, auch an der Posenen Front leben die Kämpfe wieder auf.

* Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Pfeiffer ist der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich gesichert.

* In einem Leitartikel fordern die „Times“ im Interesse der Festigung der Lage und eines dauerhaften Friedens die möglichst baldige Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann. Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung sei die Entente ohne weiteres in der Lage, diese Anerkennung bald auszusprechen.

Selbständigkeitsklärung der Wenden.

Banken, 30. Januar. Der wendische Nationalausschuß erläßt folgende Erklärung:

Die schärfste Verwahrung und Kundgebung unserer Bevölkerung über die Verwässerung des wendischen Nationalbewußtseins, folgendes zu erwidern:

Der Zusammenbruch der Ober- und Niederländer Wenden in der kommenden, sich selbst veranlassenden Wende geschieht auf der von der deutschen Reichsregierung untertäuschlich anerkannten Grundlage und ist eine so gut wie vollendete unabänderliche Tatsache. Die Wahrung der natürlichen und wirtschaftlichen Rechte eines Volkstammes kann nicht

als die Vergewaltigung eines anderen Volkes bedenten. Die preussischen Wenden haben seit Jahrhunderten unter einer brutalen Germanisation in Kirche und Schule zu leiden. Den sächsischen Wenden sind die ihnen vom König und Regierung steuerlich zugesagten selbstverständlichen Rechte auf Mutter Sprache und Volkstum nicht gehalten worden. Die Uebermacht des Großgrundbesitzes beeinträchtigt die Landes- und Bezirksverwaltung. Die Zersplitterung, auch vielfach in reinen Bauerngemeinden, stehen dem Großgrundbesitz zu. Die künftigen Bauern kämpfen seit Jahrzehnten gegen das veraltete, die Bauerngemeinden schädigende Jagdrecht vergeblich an. Das den Rittergütern zustehende Vorzugs- und Ankaufsrecht hat langsam, aber in immer wachsendem Umfange eine Bauernwirtschaft nach der anderen aufgekauft. Dadurch wurden freie Bauern in die Großstädte und in die Industriezentren getrieben, wo sie und ihre Nachkommen als Lohnknechte des Großkapitals tranden. Diese Zustände haben den Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit veranlaßt. Jetzt trat eine glückliche und allmähliche Forderung die Gestaltung der Geschichte eines Bauernvolkes in seine eigene Hand. Wir nehmen nur die gewaltige Stunde der Weltneuzeit wahr. Die wendischen Kriegsgesinnungen werden schon jetzt als Söhne eines freien und selbständigen Volkes angesehen und leben, sobald die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind, in ihre Heimat zurück. In den Kriegsjahren wird das Wendenvolk nichts zu tragen haben. Es geht einer wirtschaftlichen Zukunft entgegen. Der Industrie werden bald Kohlen zur Verfügung stehen und ein aufnahmefähiger Weltmarkt offen stehen für diejenigen, welche den fruchtbarsten Ertrag der Welt nicht verfehlen, mögen glauben, mit Weltgerüst und papierernen Kundgebungen die Weltkultur zurückstellen zu können.

Banken, den 25. Januar 1919.

des. Barth, Brhl.

Der Dank der verbitterten Wenden wird an die preussische und sächsische Regierung in einem Briefe verabsolgt.